

Vorwort

Seit 1991 gibt es Bestrebungen zur Reform der Grundsteuer. Der erste und recht erfolgversprechende Reformversuch (1991-1993) mit einem Modell zur Neubewertung des Grundbesitzes für alle einheitswertabhängigen Steuern scheiterte, nach eingehender Verprobung und Vorlage eines Gesetzentwurfs, an einer Lobby, deren erklärtes Ziel die Abschaffung der betrieblichen Vermögensteuer war. Dieser kamen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Grundbesitzbewertung für Zwecke der Erbschaft-/Schenkungssteuer und der Vermögensteuer sehr entgegen. Das BVerfG hat, wie der damalige Berichterstatter Prof. Kirchhoff äußerte, die Grundsteuer bei diesen Urteilen schlichtweg vergessen.

Auf Initiative Niedersachsens startete Ende der 90er Jahre der nächste Versuch einer Reform der Grundsteuer. Die Länder verständigten sich mehrheitlich auf einen Gesetzentwurf, legten diesen im Jahr 2000 dem damaligen Bundesminister der Finanzen vor, der den Entwurf ablehnte und an die Länder zurückverwies.

Ein Gesetzentwurf des Landes Bayern und ein Gesetzentwurf Thüringens wurden nicht weiter verfolgt.

Im Jahr 2003 legten Bayern und Rheinland-Pfalz einen Vorschlag erneut einen Vorschlag zur Neuordnung der Grundsteuer vor, der schließlich aufgrund der Arbeiten zur Erbschaftsteuerreform ins Stocken geriet. So blieb es bei einem Rohentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Grundsteuer.

Nunmehr liegen erneut drei unterschiedliche Modelle zur Reform der Grundsteuer vor. Die Finanzministerkonferenz hat den Auftrag erteilt, diese Modelle auf ihre Eignung zu testen. Die entsprechenden Ergebnisse werden frühestens Mitte 2012 vorliegen. Selbst wenn es gelingen sollte sich auf ein Modell zu verständigen, vor 2016 wird es zu keiner bundesgesetzlich geregelten Reform der Grundsteuer kommen.

Greift das BVerfG jedoch die Bedenken des BFH zur Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung und der darauf basierenden Grundsteuer auf, und nimmt eine derzeit anhängige Verfassungsbeschwerde an, könnte der Gesetzgeber gezwungen sein schneller zu reagieren.

Erfurt im August 2011

Reinhard Stöckel